

## THEMA DER WOCHE

Gewalt in der stationären Langzeitpflege – eine Frage der Verantwortung

# Sensibilisierung muss stattfinden

Der Fall ging bundesweit durch die Medien: In einem Pflegeheim in Celle sollen Pflegekräfte Bewohner misshandelt haben. Nun steht die Frage nach dem „Warum“ im Raum und auch, wie solche Übergriffe in Zukunft verhindert werden können.

Von Anna Dammermann & Marco Sander

Gewalt in der stationären Langzeitpflege ist zweifellos ein alltägliches Phänomen, wie wissenschaftliche Erhebungen aus Deutschland zeigen. Auch internationale Studien belegen, dass Gewalt in verschiedenen Formen – physisch, psychisch, finanziell, sexualisiert bzw. in Form von Vernachlässigung – ausgehend von Pflegenden oder von Pflegebedürftigen regelhaft stattfindet. Vorfälle wie die Misshandlungen, die kürzlich aus einem Pflegeheim in Celle berichtet wurden (siehe auch CAREkonkret 28/2020, Seite 8) sind in dieser Schwere natürlich nicht an der Tagesordnung. Exakte Angaben zur Häufigkeit von Gewalt in der Pflege sind aus methodischen Gründen schwierig. Die Dunkelziffer gilt als hoch. Aus Deutschland liegen nur wenige verlässliche Studienergebnisse vor. In einer älteren Studie des Kriminologen Thomas Görgen gaben 83,7 Prozent der stationär tätig Pflegenden an, innerhalb der letzten 12 Monate Gewalt erlebt zu haben. 71,5 Prozent der Befragten haben mindestens eine Form von Gewalt ausgeübt, davon 23,5 Prozent körperliche Misshandlungen. Aktuellere Zahlen aus der stationären Langzeitpflege liefern die noch vorläufigen und bisher unveröffentlichten Ergebnisse des Gewaltpräventionsprojektes PEKo – [peko-gegen-gewalt.de](http://peko-gegen-gewalt.de). Hier gaben 88,7 Prozent der Befragten (n=1480) an, in den letzten drei Monaten Gewalt erlebt und 72,7 Prozent mindestens eine Form von Gewalt an Pflegebedürftigen (darunter acht Prozent

physische Gewalt) ausgeübt zu haben. Gewalt im Pflegealltag kommt also vor, wobei körperliche Gewaltgeschehnisse „als Spitze des Eisbergs“ zu sehen sind und Gewaltausübung häufig deutlich früher beginnt.

### Risikofaktoren können Be- und Überlastung sein

Doch was sind die Gründe und Risikofaktoren hierfür? Studienergebnisse deuten hin auf eine Be- und Überlastung der Pflegenden, wechselseitig eskalierende Interaktionen, ein ausgeprägtes Machtgefälle, gewaltbegünstigende institutionelle Verfahrensweisen und Strukturen, Persönlichkeitsstrukturen sowie mangelnde formelle und informelle Kontrolle. Im Gewaltpräventionsprojekt PEKo, das von vier Hochschulen gemeinsam durchgeführt und begleitet wird, zeigen sich in der Situationsanalyse in den teilnehmenden Einrichtungen zudem folgende Bedingungsfaktoren, die gewaltbegünstigend wirken können: hohes Belastungsempfinden bei der Pflegeperson und den zu Pflegenden, Überforderung und Unerfahrenheit, soziale Isolation und auch eine fehlende Sensibilisierung der Einrichtung.

Für die Einrichtungskultur postulieren der Pflegewissenschaftler Frank Weidner und seine Kollegen, dass es häufig zu einer „Kultur des Wegschauens“ kommt, die in eine „Kultur des Hinschauens und der Achtsamkeit“ umgewandelt werden muss. Wer aber trägt dafür die Verantwortung? Der Ruf nach vermehrten Kontrollen durch Aufsichtsbe-



Bei Gewalt in Pflegeeinrichtungen darf nicht weggeschaut werden. Dafür muss aber eine Kultur des Vertrauens geschaffen werden.

Foto:Werner Krüper

hörden liegt nahe und wird vor dem Hintergrund der Vorfälle in Niedersachsen aktuell diskutiert, doch diese Maßnahme hilft als Einzelmaßnahme nur unzureichend und

Handlungssicherheit sowie gewaltpräventive Strukturen aufzubauen. Dazu könnte auch die Entwicklung eines Meldesystems für Gewaltergebnisse, wie von der Landespflege-

„gelebten“ Einrichtungskultur. Insbesondere in Zeiten, in denen Pflege als „systemrelevant“ identifiziert wurde, muss sich zeigen, ob es uns als Gesellschaft wert ist, die Bedingungen für eine qualitativ hochwertige und somit gewaltfreie Pflege zu schaffen und nachhaltig zu garantieren.

■ Die Autorin ist Erziehungswissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Lübeck.

Der Autor ist Pflegewissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln.

Das Projekt PEKo wird von der Techniker Krankenkasse gefördert und an folgenden Standorten durchgeführt: Universität zu Köln und Universität zu Lübeck (Leitung: Prof. Sascha Köpke); Hochschule Fulda (Leitung: Prof. Beate Blättner); Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Leitung: Prof. Gabriele Meyer)

## Ohne Kulturwandel erscheint es unwahrscheinlich, dass ein Meldesystem genutzt wird.

bewirkt keinesfalls eine gewaltpräventive Einrichtungskultur. Diese herauszubilden liegt in der Verantwortung der Führungspersonen, aber auch der jeweiligen Teams. Es gilt einrichtungsspezifisch gemeinsam eine Kultur des Vertrauens, der Enttabuisierung und der Achtsamkeit aufzubauen und nachhaltig zu etablieren. Genau hier setzt das Gewaltpräventionsprojekt PEKo an: im partizipativen Prozess werden einrichtungsspezifische Maßnahmen und Konzepte zur Vermeidung, aber auch zum Umgang mit Gewalt entwickelt, um die Einrichtungen nachhaltig für das Thema Gewalt zu sensibilisieren und

kammer Niedersachsen gefordert, gehören. Ohne einen zuvor erwirkten Kulturwandel erscheint es jedoch unwahrscheinlich, dass ein solches System überhaupt genutzt und wirksam wird.

Es ist demnach eine gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten, dem Thema Gewalt in der Pflege auf verschiedenen Ebenen zu begegnen – die der politischen Entscheider hinsichtlich des Qualifikationsniveaus Pflegenden und der Ermöglichung angemessener Rahmenbedingungen, die der Führungspersonen hinsichtlich der Förderung der Einrichtungskultur und die des Gesamtteams hinsichtlich der

che Kompetenz liegt bereits vor. Die individuelle Situation der Betroffenen kann viel besser und schneller eingeschätzt werden. Wir werden in den nächsten Wochen ein Konzept entwickeln, wie eine solche Meldestelle aussehen kann. Unerlässlich ist ein anonymisiertes Verfahren, um mögliche Hürden zu reduzieren und die Meldenden vor negativen Konsequenzen zu schützen.“ (ck)

### TIPPS ZUR GEWALTPRÄVENTION

- > Schaffen einer gewaltsensiblen Einrichtungskultur
- > Führungsstil des Vertrauens und der Präsenz
- > Implementierung von Vertrauenspersonen
- > Gewalt als Thema in Supervisionen und Fallbesprechungen
- > Möglichkeit der anonymen Meldung von (Verdachts-)Fällen

### Pflegekammer und Sozialministerium kündigen an

## Anonyme Meldestelle soll kommen

**Hannover //** Nach den Misshandlungsvorfällen in einem Celler Pflegeheim hatte Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann (SPD) angekündigt, ein Whistleblowing-System in der Pflege einzuführen. Pflegekräfte sowie Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollten künftig Missstände oder Anhaltspunkte für Gefährdungen an eine Beschwerdestelle melden können – bei Bedarf

auch anonym. Die Stelle solle im Sozialministerium angesiedelt werden. Auch die Pflegekammer Niedersachsen kündigte an, eine anonyme Melde- und Beratungsstelle einzurichten.

Auf die Nachfrage von CAREkonkret, inwieweit das Sozialministerium und die Pflegekammer hierbei zusammenarbeiten, sagte eine Sprecherin des Sozialministeriums,

bereits vor Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in dem Celler Pflegeheim habe für Niedersachsens Sozialministerin festgestellt, dass es eine Beschwerdestelle für die Pflege in Niedersachsen braucht. Deswegen sehe die Novelle des Niedersächsischen Pflegegesetzes eine solche Beschwerdestelle vor. „Der Gesetzentwurf war bereits in der Verbandsanhörung. Die Pflegekammer

hat den Vorschlag begrüßt. Hinsichtlich der näheren Ausgestaltung dieser Beschwerdestelle bleibt zunächst das weitere Gesetzgebungsverfahren abzuwarten.“

Nadya Klarmann, Präsidentin der Pflegekammer Niedersachsen, sagte gegenüber CAREkonkret allerdings: „Eine Meldestelle, angesiedelt bei der Pflegekammer Niedersachsen, bietet zahlreiche Vorteile: Die pflegefachli-